

Möstl/Trurnit
Polizeirecht Baden-Württemberg

Polizeirecht Baden- Württemberg

Kommentar

Herausgegeben von

Prof. Dr. Markus Möstl

Universität Bayreuth

Prof. Dr. Christoph Trurnit

Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

2. Aufl. 2025



C.H.BECK

Zitiervorschlag:
Möstl/Trurnit/Trurnit PolG § 1 Rn. 1

www.beck.de

ISBN 978 3 406 81843 1

© 2025 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark
Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen



[chbeck.de/nachhaltig](https://www.chbeck.de/nachhaltig)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

Dr. Jan Brenz, LL.M.	Rechtsanwalt, Stuttgart
Prof. Dr. Christoph Enders	Universität Leipzig
Prof. Dr. Ursula-Isabel von der Grün, LL.M.	Hochschule für Polizei Baden-Württemberg
Michael Hauser	Richter am Verwaltungsgericht Stuttgart
Prof. Dr. Berthold Kastner	Hochschule für Polizei Baden-Württemberg
Prof. Dr. Markus Möstl	Universität Bayreuth
Prof. Dr. Andreas Nachbaur ...	Hochschule für Polizei Baden-Württemberg
Dr. Julian Nusser	Richter am Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg
Dr. Thorsten Reinhardt	Leitender Regierungsdirektor, Regierungspräsidium Karlsruhe
Dr. Isabel Röcker	Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts Karlsruhe
Prof. Dr. Matthias Schatz	Hochschule für Polizei Baden-Württemberg
Prof. Dr. Meinhard Schröder ..	Universität Passau
Prof. Dr. Enrico Tille	Hochschule für Polizei Baden-Württemberg
Prof. Dr. Christoph Trurnit	Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Vorwort zur 2. Auflage

Seit dem Erscheinen der ersten Printversion des Beck'schen Online Kommentars Polizeirecht Baden-Württemberg im Jahr 2020 hat sich im Südwesten von Deutschland einmal mehr gezeigt, dass das Polizeirecht ein stark im Wandel begriffenes Rechtsgebiet ist. Hier hat der Gesetzgeber des Landes Baden-Württemberg 2021 das Polizeigesetz unter dem Einfluss der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der JI-Richtlinie grundlegend reformiert. Diese umfangreiche Reform hatte insbesondere gravierende Auswirkungen auf das Recht der polizeilichen Datenverarbeitung. Alle an dem Beck'schen Online Kommentar zum Polizei- und Ordnungsrecht Beteiligten haben den Anspruch, die wissenschaftliche und praktische Befassung mit dem Polizei- und Ordnungsrecht in Deutschland weiter voranzubringen. Der Verlag und die Herausgeber haben sich daher auch zu der zweiten Printversion des Beck'schen Online Kommentars Polizeirecht Baden-Württemberg entschlossen. Dieser liegt die 32. Edition des Online-Kommentars zugrunde. Die Herausgeber und das Autorenteam werden das Polizeirecht in Baden-Württemberg bei seiner Entwicklung mit dem Beck'schen Online-Kommentar Polizeirecht Baden-Württemberg weiterhin mit großer Freude ganz aktuell begleiten.

Bayreuth und Villingen-Schwenningen im September 2024

Markus Möstl
Christoph Trurnit

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter	V
Vorwort zur 2. Auflage	VII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XIII

Systematische und begriffliche Vorbemerkungen

Vorbemerkungen zum Polizeirecht in Deutschland	1
Entwicklung und Strukturen des Polizeirechts in Baden-Württemberg	59
Einführung in die Datenschutz-Richtlinie (EU) 2016/680 (JI-RL)	73

Polizeigesetz (PolG)

Erster Teil. Das Recht der Polizei

Erster Abschnitt. Aufgaben der Polizei

§ 1 Allgemeines	93
§ 2 Tätigwerden für andere Stellen	117

Zweiter Abschnitt. Maßnahmen der Polizei

Erster Unterabschnitt. Allgemeines

§ 3 Polizeiliche Maßnahmen	141
§ 4 Einschränkung von Grundrechten	156
§ 5 Art der Maßnahmen	173
§ 6 Maßnahmen gegenüber dem Verursacher	183
§ 7 Maßnahmen gegenüber dem Eigentümer oder dem Inhaber der tatsächlichen Gewalt	196
§ 8 Unmittelbare Ausführung einer Maßnahme	203
§ 9 Maßnahmen gegenüber unbeteiligten Personen	216
§ 10 Schutz zeugnisverweigerungsberechtigter Berufsheimnisträger	228
§ 11 Anwendungsbereich für die Datenverarbeitung	234
§ 12 Begriffsbestimmungen für die Datenverarbeitung	237
§ 13 Allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	243
§ 14 Allgemeine Regeln für die Erhebung personenbezogener Daten	245
§ 15 Allgemeine Regeln für die weitere Verarbeitung personenbezogener Daten ..	253
§ 16 Allgemeine Regeln für die Übermittlung personenbezogener Daten	264

Zweiter Unterabschnitt. Polizeiverordnungen

§ 17 Ermächtigung zum Erlass von Polizeiverordnungen	267
§ 18 Ermächtigung zum Erlass örtlicher Alkoholkonsumverbote	281
§ 19 Inhalt	289
§ 20 Formerfordernisse	292
§ 21 Zuständigkeit	298
§ 22 Eintritt der zur Fachaufsicht zuständigen Behörde	301
§ 23 Zustimmungsvorbehalte	304
§ 24 Prüfung durch die zur Fachaufsicht zuständige Behörde	307
§ 25 Außerkrafttreten	311
§ 26 Ordnungswidrigkeiten	314

Dritter Unterabschnitt. Einzelmaßnahmen

§ 27 Personenfeststellung	319
§ 28 Vorladung	344
§ 29 Gefährderansprache und -anschreiben, Gefährdetenansprache	350

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 30 Platzverweis, Aufenthaltsverbot, Wohnungsverweis, Rückkehrverbot, Annäherungsverbot	358
§ 31 Aufenthaltsvorgabe und Kontaktverbot zur Verhütung terroristischer Straftaten	379
§ 32 Elektronische Aufenthaltsüberwachung zur Verhütung terroristischer Straftaten	389
§ 33 Gewahrsam	398
§ 34 Durchsuchung von Personen	415
§ 35 Durchsuchung von Sachen	430
§ 36 Betreten und Durchsuchung von Wohnungen	442
§ 37 Sicherstellung	471
§ 38 Beschlagnahme	483
§ 39 Einziehung	508
§ 40 Vernehmung	515
§ 41 Erkennungsdienstliche Maßnahmen	522
§ 42 Verarbeitung personenbezogener Daten aufgrund einer Einwilligung	529
§ 43 Befragung und Datenerhebung	533
§ 44 Offener Einsatz technischer Mittel zur Bild- und Tonaufzeichnung	542
§ 45 Aufzeichnung eingehender Telefonanrufe	562
§ 46 Projektbezogene gemeinsame Dateien mit dem Landesamt für Verfassungsschutz	564
§ 47 Datenabgleich	569
§ 48 Rasterfahndung	573
§ 49 Besondere Mittel der Datenerhebung	580
§ 50 Besondere Bestimmungen über den Einsatz technischer Mittel zur Datenerhebung in oder aus Wohnungen	612
§ 51 Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme	625
§ 52 Bestandsdatenauskunft	633
§ 53 Erhebung von Telekommunikationsverkehrsdaten und Nutzungsdaten	640
§ 54 Überwachung der Telekommunikation	653
§ 55 Weitere Bestimmungen über polizeiliche Maßnahmen mit Bezug zur Telekommunikation	667
§ 56 Ausschreibung von Personen und Kraftfahrzeugen	672
§ 57 Weitere Verarbeitung zu Zwecken der wissenschaftlichen Forschung	678
§ 58 Weitere Verarbeitung zu Zwecken der Aus- und Fortbildung, zu statistischen Zwecken und zur Vorgangsverwaltung	682
§ 59 Datenübermittlung im nationalen Bereich	685
§ 60 Datenübermittlung an Mitgliedstaaten der Europäischen Union	695
§ 61 Datenübermittlung im internationalen Bereich	701
§ 62 Übermittlungsverbote und Verweigerungsgründe	707

Vierter Unterabschnitt. Polizeizwang

§ 63 Allgemeines	709
§ 64 Begriff und Mittel des unmittelbaren Zwangs	724
§ 65 Zuständigkeit für die Anwendung unmittelbaren Zwangs	731
§ 66 Voraussetzungen und Durchführung des unmittelbaren Zwangs	733
§ 67 Voraussetzungen des Schusswaffengebrauchs	741
§ 68 Schusswaffengebrauch gegenüber Personen	746
§ 69 Gebrauch von Explosivmitteln	760

Dritter Abschnitt. Weitere Regelungen der Datenverarbeitung

Erster Unterabschnitt. Pflichten der Polizei

§ 70 Unterscheidung verschiedener Kategorien betroffener Personen	764
§ 71 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	766
§ 72 Kennzeichnungspflicht	767
§ 73 Protokollierungspflicht	770

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 74	Protokollierungspflicht bei verdeckten und eingriffsintensiven Maßnahmen .. 771
§ 75	Pflicht zur Berichtigung, Löschung sowie Einschränkung der Verarbeitung .. 773
§ 76	Überprüfung der Erforderlichkeit der Speicherung personenbezogener Daten 781
§ 77	Berichtigung und Einschränkung der Verarbeitung in Akten sowie Vernichtung von Akten 784
§ 78	Sicherheit der Datenverarbeitung 785
§ 79	Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen 787
§ 80	Datenschutz-Folgenabschätzung 788
§ 81	Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten 789
§ 82	Auftragsverarbeitung 790
§ 83	Gemeinsam Verantwortliche 792
§ 84	Automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall 793
§ 85	Allgemeine Informationspflicht 794
§ 86	Benachrichtigung bei verdeckten und eingriffsintensiven Maßnahmen 795
§ 87	Benachrichtigung bei der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten 801
§ 88	Meldung bei der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten 804
§ 89	Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde für den Datenschutz 807
§ 90	Berichtspflicht gegenüber dem Landtag 808
Zweiter Unterabschnitt. Rechte der betroffenen Person	
§ 91	Auskunftsrecht 809
§ 92	Recht auf Berichtigung, Löschung sowie Einschränkung der Verarbeitung ... 818
§ 93	Anrufung der Aufsichtsbehörde für den Datenschutz 821
Dritter Unterabschnitt. Datenschutzbeauftragter	
§ 94	Benennung eines Datenschutzbeauftragten 826
§ 95	Stellung des Datenschutzbeauftragten 830
§ 96	Aufgaben des Datenschutzbeauftragten 832
Vierter Unterabschnitt. Datenschutzaufsicht	
§ 97	Aufsichtsbehörde für den Datenschutz 836
§ 98	Aufgaben der Aufsichtsbehörde für den Datenschutz 837
§ 99	Befugnisse der Aufsichtsbehörde für den Datenschutz 841
Vierter Abschnitt. Entschädigung	
§ 100	Voraussetzungen 843
§ 101	Entschädigungspflichtiger 863
§ 102	Ersatz 865
§ 103	Rechtsweg 869
Zweiter Teil. Die Organisation der Polizei	
Erster Abschnitt. Gliederung und Aufgabenverteilung	
§ 104	Allgemeines 871
§ 105	Zuständigkeitsabgrenzung 873
Zweiter Abschnitt. Die Polizeibehörden	
Erster Unterabschnitt. Aufbau	
§ 106	Arten der Polizeibehörden 879
§ 107	Allgemeine Polizeibehörden 880
§ 108	Dienstaufsicht 884
§ 109	Fachaufsicht 885
§ 110	Weisungsrecht und Unterrichtungspflicht 887
Zweiter Unterabschnitt. Zuständigkeit	
§ 111	Allgemeine sachliche Zuständigkeit 889

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 112 Besondere sachliche Zuständigkeit	892
§ 113 Örtliche Zuständigkeit	893
§ 114 Regelung der örtlichen Zuständigkeit für überörtliche polizeiliche Aufgaben	895
Dritter Abschnitt. Der Polizeivollzugsdienst	
Erster Unterabschnitt. Aufbau	
§ 115 Polizeidienststellen und Einrichtungen für den Polizeivollzugsdienst	896
§ 116 Aufgaben und Gliederung	901
§ 117 Dienstaufsicht	902
§ 118 Fachaufsicht	903
§ 119 Weisungsrecht und Unterrichtungspflicht	906
Zweiter Unterabschnitt. Zuständigkeit	
§ 120 Örtliche Zuständigkeit	908
§ 121 Dienstbezirke	909
§ 122 Aufgabenwahrnehmung durch das Innenministerium	910
§ 123 Amtshandlungen von Polizeibeamten anderer Länder und des Bundes sowie von Vollzugsbeamten anderer Staaten im Zuständigkeitsbereich des Landes ...	911
§ 124 Amtshandlungen von Polizeibeamten des Landes außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Landes	915
Vierter Abschnitt. Besondere Vollzugsbedienstete	
§ 125 Gemeindliche Vollzugsbedienstete	916
§ 126 Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft	933
Dritter Teil. Die Kosten der Polizei	
§ 127 Kosten für die allgemeinen Polizeibehörden und den Polizeivollzugsdienst ...	935
§ 128 Einnahmen	948
§ 129 Zurückhaltungsbefugnis	949
Vierter Teil. Schlussbestimmungen	
§ 130 Durchführungsvorschriften	953
§ 131 Schadenersatzregelung zur Datenverarbeitung	955
§ 132 Gerichtliche Zuständigkeiten, Verfahren	960
§ 133 Ordnungswidrigkeiten	964
§ 134 Strafvorschriften	966
§ 135 Übergangsregelung zur Datenverarbeitung	969
Sachverzeichnis	973